

Antrag der Fraktion der FDP**Nichtständiger Ausschuss „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“**

Um die Selbstständigkeit der Freien Hansestadt Bremen zu erhalten, müssen alle Möglichkeiten der Selbstständigkeit aktiv genutzt werden. Die FDP-Fraktion hat dazu wiederholt konstruktive Vorschläge unterbreitet.

Es ist bisher keinerlei Konzeption erkennen, wie das Ziel, 2019 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, erreicht werden kann. Dadurch werden die Anstehenden Verhandlungen mit dem Bund über die Zahlung von Konsolidierungshilfen unnötig belastet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Gemäß § 68 Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft wird ein nichtständiger Ausschuss eingesetzt, der konkrete Vorschläge zur Zukunft der Freien Hansestadt Bremen erarbeitet und dabei folgende Themenfelder betrachten soll:
 - Überprüfung der Senatsstruktur,
 - Möglichkeiten der Modernisierung der Verwaltungsstrukturen,
 - Möglichkeiten der Parlamentsreform,
 - Überprüfung des Deputationswesens.
2. Der Ausschuss soll bis zum 30. September 2010 dem Plenum der Bremischen Bürgerschaft berichten.
3. Unstreitige Beratungsgegenstände werden dem Plenum der Bremischen Bürgerschaft noch vor Erstellung des Abschlussberichtes zur Beratung und gegebenenfalls Beschlussfassung vorgelegt.

Uwe Woltemath und Fraktion der FDP